



Brandanschlag-Objekt Übersiedlerheim in Stuttgart: „Offene Grenzen, offene Herzen – willkommen bei uns“

„Wieso kommen die noch?“

In Westdeutschland kocht Haß auf die DDR-Übersiedler hoch. Die Staatenwechsler werden zunehmend als Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt

betrachtet. Vor allem in den Fluren der westdeutschen Sozialämter entläßt sich der Zorn auf die Zuzügler. Ein Beamter: „Wir sind froh, wenn das Mobiliar heil bleibt.“

In seiner alten Heimatstadt Neuruppin gilt der Übersiedler Martin Laubsch, 43, heute als gemachter Mann. Vor zwei Wochen, auf Besuch im Osten, saß er mit alten Freunden im „Brauhaus“, seiner ehemaligen Stammkneipe. Beim Bier trumpfte der gelernte Schlosser groß auf: Eine Arbeit habe er im Westen schon gefunden und auch eine Wohnung. Die sei zwar klein, „aber für den Anfang reicht es“.

Alles falsch. In Wahrheit haust Laubsch unter erbärmlichen Umständen in einer dringend renovierungsbedürftigen Turnhalle im Zentrum von Bochum. Jeden Tag kommt es in dem Notquartier zu Streit und Schlägereien, und nachts kann der Mann kaum schlafen, weil Betrunkenen krakeelend durch die Gänge torkeln. Laubsch: „Es ist die Hölle.“

Einen Job hat der Schlosser nicht einmal in Aussicht: Wo immer er sich bislang beworben hatte, wurde er abgewiesen. „Mit 43 Jahren“, dämmert ihm nun, „gehört man im Westen zum alten Eisen.“

Doch die Wahrheit über sein neues Leben in der Bundesrepublik mochte Laubsch den Kumpels in Neuruppin nicht erzählen: „Da hätte ich mich zu sehr geschämt.“ Und der Hölle von Bochum zu entfliehen, traut er sich auch nicht: „Dann könnte ich ja drüben kei-

nem Bekannten mehr unter die Augen treten.“

Im Westen wären viele heilfroh, wenn Leute wie Laubsch endlich dahin zurückgingen, woher sie gekommen sind: Bei den Bundesbürgern macht sich zunehmend Angst breit, daß diejenigen, die nun Woche für Woche zu Tausenden mühelos die Grenzen passieren, das westdeutsche Sozialsystem sprengen und den Wohnungs- und Arbeitsmarkt zum Kollabieren bringen.

Wie bedrohliche Wasserstandsmeldungen rücken die Tageszeitungen wöchentlich die aktuellen Übersiedlerzahlen ein: In der ersten Februar-Woche etwa wechselten 14 500 Ostdeutsche nach Deutschland-West, vorletzte Woche waren es, trotz Aussicht auf Wiedervereinigung samt Währungsreform, immer noch 11 800; im Februar werden kaum weniger kommen als im Januar – rund 58 000, die Bevölkerung einer Stadt wie Lüneburg.

Hellhörig verfolgen die meisten Bundesbürger die öffentliche Debatte darüber, wie der Zustrom aus der DDR vermindert werden könne. Sorgenvoll werden die Zuzugszahlen addiert und hochgerechnet. Im letzten Jahr kamen insgesamt 343 854 Übersiedler aus der DDR, dazu 377 055 Aussiedler aus Osteuropa und 121 318 Asylbewerber aus aller Welt

– summa summarum 842 227 Menschen.

Wohl nur noch in „Baracken-Gettos am Rande der Großstädte“, glaubt Bernhard Happe, Sozialdezernent beim Deutschen Städtetag, ließen sich die Massen aufnehmen, die bis Ende 1990, bei erstmals ganzjährig geöffneten Grenzen, erwartet werden: nach vorsichtigen Schätzungen 1,5 Millionen Neubürger, nach pessimistischen Prognosen weit über zwei Millionen.

Die Zuzügler drängen in ein Land, in dem

▷ drangvolle Enge in Auffangquartieren – alten Schiffen, Turnhallen, Kasernen und Campinganhängern – schon jetzt zu Lagerkoller und Depressionen führt (siehe Seite 34),

▷ aufgrund einer verfehlten Wohnungsbaupolitik bereits letztes Jahr rund 800 000 Wohnungen fehlten und sozial schwache Einheimische zunehmend in die Obdachlosigkeit gedrängt werden (siehe Seite 45),

▷ der Arbeitsmarkt schon die Zuwanderer des vorigen Jahres nicht verkraften konnte; bereits Silvester waren 131 000 Aussiedler und 128 000 Übersiedler arbeitslos, neben 1,8 Millionen einheimischen Erwerbslosen (siehe Seite 37),



Übersiedler Laubsch: „Es ist die Hölle“

Die Sozialhilfe-Etats der Gemeinden so strapaziert sind, daß die Neuzuzüge bei vielen der 2,5 Millionen westdeutschen Sozialhilfe-Empfänger Fremdenfeindlichkeit und Zukunftsängste wecken (siehe Seite 40).

Schon haben Unbekannte in einigen Hamburger Stadtteilen an Plakaten, die Verständnis für die Staatenwechsler wecken sollen, bei dem Slogan „Offene Grenzen, offene Herzen“ den Zusatz „Willkommen bei uns“ mit Messern zerlegt und herausgerissen.

In Herne, bei einer Übersiedlerdiskussion, flogen letzte Woche Steine. In einem neuerrichteten Übersiedlerheim in Godorf bei Köln legten Brandstifter Anfang des Monats gleich zweimal kurz hintereinander Feuer. In Stuttgart brannten Übersiedlergegner ein Übergangsquartier bis auf die Grundmauern nieder.

Der Bremer Wissenschaftssenator Henning Scherf (SPD) fürchtet bereits, „daß wir bald Großstadtkriege wie in den USA haben“. Selbst führende Unionspolitiker, die bislang standhaft in Verwandtenliebe machten, beginnen sich zu sorgen.

Bei einem anhaltenden Massenzug breche nicht nur „in der DDR alles zusammen“, verkündete jüngst der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth. Auch hierzulande drohe „die schönste Destabilisierung“.

Das Klima ist in den vergangenen Wochen deutlich rauher geworden. So hätten Nachbarn eine Übersiedler-Familie in Essen kürzlich auf der Straße als „DDR-Schweine“ beschimpft, berichtet Kerstin Lehner, Initiatorin einer Selbsthilfegruppe für ehemalige DDR-Bürger, und das sei kein Einzelfall.

Auch Kinder aus der DDR haben zunehmend unter Anfeindungen zu

leiden. „Die Kids schnappen auf, was sie zu Hause so hören, und brabbeln das dann nach“, sagt Harald Fischer, Leiter einer Hamburger Haupt- und Realschule. In der Pause stünden die Zweit- und Drittklässler auf dem Schulhof zusammen und diskutierten, „wer raus muß aus Deutschland – die Aussiedler, die DDRler oder die Asylanten“.

Wie sehr die Einstellung zu den Staatenwechslern ins Negative umgeschlagen ist, belegt eine SPIEGEL-Umfrage. Der Erhebung zufolge waren letzten Monat nur

noch 33 Prozent der Bundesbürger dafür, daß alle Übersiedler aus der DDR aufgenommen werden. Im Oktober letzten Jahres, vor der Grenzöffnung, hatten sich noch 63 Prozent mit einer generellen Aufnahme einverstanden erklärt.

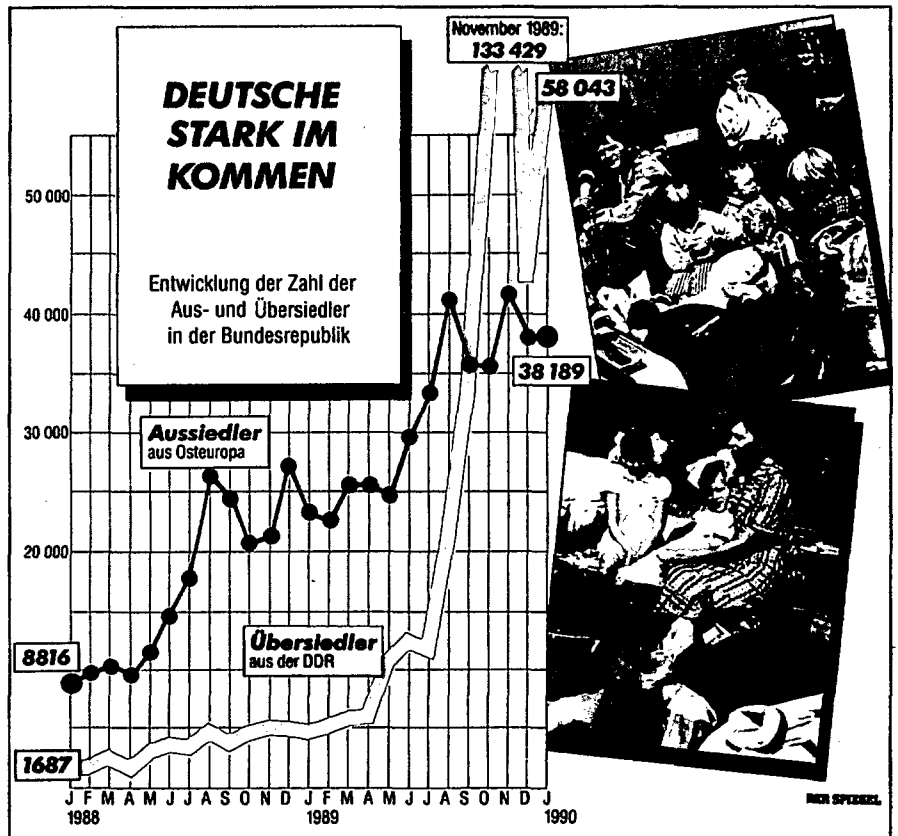
Vor allem bei den Ärmeren im Lande, die sich durch die Konkurrenz aus dem Osten noch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt sehen, kocht nun Haß hoch. Besonders heftig entladen sich die sozialen Konflikte auf den Flu-

ren von westdeutschen Sozial- und Wohnungsämtern. Immer häufiger reagierten ortsansässige Wohnungssuchende „mit nackter Wut“ auf die DDR-Konkurrenz, berichtet ein Mainzer Verwaltungsangestellter: „Wir sind froh, wenn das Mobiliar heil bleibt.“

Überforderte Behördenmitarbeiter lassen sich zu Dutzenden versetzen oder krank schreiben, mancherorts werden Alarmklingelknöpfe unter den Kanten von Sozialamt-Schreibtischen installiert. Der Schöppinger Lagerleiter Erwin Wingenbach zieht es mittlerweile vor, auf der Straße „möglichst nicht erkannt zu werden“. Andernfalls müsse er sich aggressiv fragen lassen: „Wieso kommen die noch? Wissen die nicht, daß wir keine Wohnungen und Stellen haben? Warum packen die jetzt nicht drüber an?“

Mancherorts wehren sich Anwohner gegen den Zuzug in ihre Nachbarschaft. In Dortmund beispielsweise, wo 6 von 150 Turnhallen mit Übersiedlern belegt sind, forderte der Vorstand des Vorortvereins TuS Westfalia Sölde in einer Resolution Rat und Stadtverwaltung auf, nicht länger „an der langsamen Aushöhlung unseres Turn- und Sportbetriebes“ mitzuwirken. In Bremen-Vegesack besetzten letzte Woche 60 Eltern mit ihren Kindern kurzerhand eine Halle, in die Übersiedler einquartiert werden sollten.

Wie gering die Bereitschaft zum Zusammenrücken mittlerweile bei seinen



Mitbürgern ist, mußte auch Bodo Kern, Bürgermeister im schwäbischen Kaisersbach, erfahren. Kern hatte die Besitzer von Wochenend- und Ferienhäusern in seiner Gemeinde angeschrieben und um Aufnahme von Zuzüglern gebeten. Typische Antwort: „Stecken Sie sich Ihren Schrott doch an den Hut.“

Mit derlei Vokabular waren jahrelang nur Asylbewerber aus Ghana oder Gastarbeiter aus Anatolien bedacht worden. Die damalige Standarderklärung, Rassismus und Deutschtümelei seien in diesem Land halt nicht auszurotten, taugt nun nicht mehr zur Analyse der Fremdenfeindlichkeit neuer Art, die ausschließlich auf Menschen zielt, die nach herrschender Auffassung „Landsleute“ (Helmut Kohl) sind.

Politikwissenschaftler sehen keinen Widerspruch zwischen der Zustimmung der meisten Bundesbürger zur deutschen Einheit und der wachsenden Ablehnung von Übersiedlern. „Die Vereinigung der Deutschen soll sich nicht auf unserem Boden vollziehen“, interpretiert auch der einstige Bonner Regierungssprecher Klaus Bölling die neueste Stimmung im Westen.

Der Sozialdemokrat verweist auf sozialpsychologische Studien, denen zufolge sich der Patriotismus der Westdeutschen vor allem auf die ökonomische Leistung stützt. Dieser „Wirtschaftspatriotismus“ schlage jedoch rasch in „Wohlstandschauvinismus“ und in „ausgrenzende und fremdenfeindliche Gefühle“ um, sobald jemand – wer auch immer – einen Anteil am Wohlergehen beansprucht.

Die feindseligen Gefühle sind bei manchem zur offenen Ablehnung geworden, seit Massen von Neuanrücklingen spürbar den Arbeitsmarkt belasten und, mehr noch, seit auch Zuzügler eintreffen, die offenbar gar keine reguläre Arbeit suchen, sondern sich in erster Linie um Sozialhilfe bemühen und sich auch sonst nicht in die gängigen Vorstellungen von bürgerlicher Wohlanständigkeit fügen.

Bundesweit sehen sich die Betreuer Menschen konfrontiert, die handfeste soziale und persönliche Probleme haben. Während im vergangenen Jahr vor allem junge Familien in die Bundesrepublik drängten, kreuzen nun überproportional viele alleinstehende Männer bei den Behörden auf – „gescheiterte Existenzen, die schon in der DDR durchs soziale Raster gefallen sind“, wie Rita Hermanns vom Berliner Sozialsenat berichtet. Von den 200 Übersiedlern, die in den letzten drei Mona-

ten beispielsweise nach Herne kamen, sind nach Angaben der Stadtverwaltung rund 50 gesellschaftliche Außenseiter: Alkoholiker, Drogenabhängige, Prostituierte, psychisch Kranke.

Ein Teil der Zuzügler kommt nach Beobachtungen der Ämter direkt aus dem Gefängnis. Andere nutzen die Ausreise, um sich lästigen Alimentenzahlungen zu entziehen; beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in München sind seit Mitte November rund 20 000 Anfragen von alleingelassenen Frauen eingegangen.

Nicht wenige Ost-Ehemänner haben sich – neuer Staat, neues Glück – mit ihrer Geliebten in den Westen davongemacht. „Unterhaltsschuldner, wo man hinschaut“, stellt die Münchner DRK-

ter hinzuschicken, das ist schon beinahe lebensgefährlich“.

Sein Kölner Amtskollege Lothar Ruschmeier bestätigt: „Die Auswüchse gehen über das normale Maß hinaus.“ Städtische Bedienstete seien nachts überfallen und beraubt worden, Mitarbeiterinnen der Verwaltung würden sexuell belästigt. „Dauernd Trouble mit den Alkis“, meldeten auch Mitarbeiter im West-Berliner Aufnahmelager Marienfelde ihrer Sozialsenatorin.

Das Saarland hat letzte Woche als erstes Bundesland Konsequenzen gezogen und in sechs Notaufnahmestellen Polizeibeamte stationiert. Köln will demnächst spezielle Resozialisierungshome für auffällige Übersiedler einrichten.



Übersiedlerquartier Hallenbad Bochum: Sauna als Notküche

Abteilungsleiterin Margit Pierniczek resigniert fest.

Mit rund 100 Auskunftsersuchen sollen Eltern aufgespürt werden, die ihre Kinder in der DDR bei Verwandten oder in Heimen abgeben und sich dann sang- und klanglos in den Westen davongemacht haben. Typisch ist der Fall einer Mutter, die sich telefonisch aus einem Hotel im bayerischen Riedern bei der Jugendhilfe in Ost-Berlin-Friedrichshain meldete: „Ich bleibe hier, ich kann meine Nancy nicht mehr gebrauchen.“

Die Situation in den Heimen und Lagern spitzt sich immer mehr zu, Meldungen über Saufereien und Raufereien häufen sich. In einigen Einrichtungen herrsche eine derart „aufgeputzte Stimmung“, berichtet der Essener Sozialdezernent Günter Herber, daß er es nicht mehr wage, „da einen Sozialarbei-

Dazu zählen vor allem Haftentlassene, die im Lager alte Knastrituale pflegen. In einer Turnhalle in Aachen beispielsweise vertreiben sich einige die elend lange Zeit, indem sie sich gegenseitig tätowieren. Die Männer haben eine Nadel mit Bindfaden an einen abgebrochenen Zahnbürstenstiel befestigt, halten sie kurz über ein Feuerzeug und stechen sich dann jeden Abend aktuelle Sinnsprüche und ungelenke Bilder in die Haut – nackte Frauen und darüber, in blauen Lettern, „Freiheit statt Kommunismus“.

Das erhoffte flotte Leben im Westen rückt für die meisten Ostbürger, die jetzt noch kommen, in immer weitere Ferne. Die Massenquartiere, ursprünglich als Provisorien gedacht, werden zu Dauerlösungen. Auf drei bis vier Jahre schätzt der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) die



Übersiedlerkind im Lager: „Wer muß raus aus Deutschland?“

durchschnittliche Verweildauer in den Notquartieren.

Der Frust setzt Aggressionen frei oder wird im Alkohol ertränkt. In der Bochumer Turnhalle, in der Übersiedler Martin Laubsch mit ungewissem Ende ausharrt, fuchtelte ein Mann mit einer Gaspistole herum, aus einer Ecke der Halle ertönt Gebrüll: Ein volltrunkener Bewohner hat seinem Bettnachbarn aufs Laken gepinkelt.

Nur ein paar Straßen weiter, im Stadtbad, sieht es nicht weniger trostlos aus: Wo bis vor kurzem Fangopackungen und Moorbäder verabreicht wurden, sind nun 110 Ostler einquartiert. Helfer haben die Badewannen mit Hilfe von Spanplatten und Schaumstoffmatratzen in Betten umfunktioniert, in den Umkleidekabinen wurden Etagenbetten aus schwarzem Metall aufgestellt. Die Sauna dient als Notküche.

Sie habe in den ersten Nächten „kein Auge zugemacht“, klagt Beate Schrimpf, Küchengehilfin aus Erfurt: „Immer brannte das Licht, und der Raum ist nicht abschließbar.“ Entgeistert stellt ihr Freund Heiko Hademann fest: „So haben wir uns den Westen nicht vorgestellt.“

Wie sie ihn sich vorgestellt haben, darüber gibt eine Untersuchung der „Forschungsgruppe Übersiedler“ an der Universität Bochum Auskunft. Von 900 ehemaligen DDR-Bürgern, die im Januar befragt wurden, erhoffte sich knapp die Hälfte in erster Linie ein Leben mit Gefriertruhe, Volkswagen und Farbfernseher sowie bessere Arbeitsbedingungen. Wünsche nach Reise-, Meinungs- und Pressefreiheit, die vor der Grenzöffnung im November häufig an erster Stelle ge-

nannt wurden, spielen jetzt kaum noch eine Rolle.

Immer mehr DDR-Bürger, so eine weitere Erkenntnis der Wissenschaftler, wechseln jetzt spontan über die Grenze; nur in wenigen Fällen wird der Umzug in die neue Heimat sorgfältig geplant. Das Erschrecken über die Schattenseiten des real existierenden Kapitalismus ist dann um so größer.

Eine „unglaubliche Naivität“ hat Sabine Meck von der Bochumer Forschungsgruppe unter den Neuzuzüglern ausgemacht. So glaubten vor der Grenzöffnung 38,6 Prozent der Übersiedler, in der Bundesrepublik sehr schnell eine Wohnung zu finden. Im Januar hat sich die Zahl, merkwürdigerweise, noch erhöht: Allen Berichten über die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt zum Trotz glauben nun 45,9 Prozent der Staatenwechsler, bei der Wohnungsvergabe prompt zum Zuge zu kommen. Lediglich 8 Prozent erwarten erhebliche Schwierigkeiten, 46 Prozent sind sich unschlüssig.

Doch selbst wenn die Zuzügler genauer wüßten, was sie im Westen erwartet – die meisten würde es wohl kaum daheim halten. Zu groß ist das Wohlstands- und Hoffnungsgefälle, zu gering die Aussicht, daß sich der Lebensstandard im Osten binnen kurzem auf Westniveau heben läßt.

Geradezu stereotyp geben die Neubürger, nach ihren Übersiedlungsgründen befragt, zur Antwort, daß sie auch in einer reformierten DDR keine Zukunft für sich sehen. „Bis Weihnachten ist Deutschland eins. Warum bis dahin leiden?“ schrieb ein Rentner im Gießener Aufnahmelager auf seinen Fragebogen.

So mancher DDR-Bürger packt die Koffer, weil er fürchtet, die Bundesrepublik könne demnächst die Grenzen dichtmachen oder zumindest die Leistungen für Übersiedler reduzieren. Einige zitieren das geflügelte Wort von Michail Gorbatschow: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

„Keiner will der letzte sein und in der DDR das Licht ausmachen“, beschreibt ein Hamburger Neubürger die Stimmung in der anderen Republik, deren Kürzel DDR laut einem gängigen Übersiedlerschnack schon jetzt für „Der doofe Rest“ steht.

Letztlich könne, meinen viele, nur ein

rasches Wirtschaftswunder im Osten die Wanderungswelle bremsen – was auch eine Leipziger Montagsdemo-Parole aus der vorigen Woche signalisiert: „Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, gehn wir zu ihr.“

In Nordrhein-Westfalen zog die Landesregierung am Dienstag letzter Woche die Notbremse und sperrte 64 Städte und Gemeinden für den weiteren Zuzug von Aus- und Übersiedlern. Bremen folgte dem Beispiel drei Tage später und verhängte ebenfalls einen Aufnahmestopp. NRW-Arbeitsminister Hermann Heinemann hat zudem in einer Kabinettsvorlage Mitte vergangener Woche angeregt, „das bisherige System der Aufnahme von Übersiedlern“ grundsätzlich und bundesweit zu beenden.

Ein Wohnungswechsel etwa von Weimar nach Frankfurt, meint der Sozialdemokrat, müsse in Zukunft „genauso behandelt werden wie ein Umzug innerhalb der Bundesrepublik“. Folge: Alle bisherigen Eingliederungshilfen würden entfallen.

Nach Meinung vieler Westbürger können schon jetzt die Hindernisse, die übersiedlungswilligen DDR-Bürgern in den Weg gelegt werden müßten, gar nicht hoch genug sein. So mancher sehnt sich mittlerweile zurück nach einem Deutschland mit den Grenzen vom Oktober 1989.

„Wir halten dieser Belastung nicht mehr stand“, gibt Gerd Stille, Bürgermeister im niedersächsischen Rodenberg, die Stimmung in seiner Gemeinde wieder: „Hoffentlich wird die Mauer bald wieder dichtgemacht.“